

«Zuerst kommt die Ethik, dann die Politik und dann erst die Ökonomie»

Eine wirtschaftsethische Perspektive für das 21. Jahrhundert

SF Schweizer Fernsehen, «Sternstunde Philosophie» am 7.6.2009: ein Gespräch von Roger de Weck mit

Prof. Dr. Peter Ulrich,

Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen

zf. Die Krise ist da, wo bleibt die Moral? Kann eine Wirtschaft überhaupt wertfrei funktionieren? Und verändert die Finanzkrise tatsächlich unser wirtschaftliches Handeln nachhaltig? Mehr als zwei Jahrzehnte hatte Peter Ulrich den ersten und bisher einzigen Lehrstuhl für Wirtschaftsethik in der Schweiz inne. Nun wurde er Anfang Mai emeritiert. Im Gespräch mit Roger de Weck erläutert Peter Ulrich, wie es der Wirtschaftsethik gelingen könnte, dem Nützlichkeitsdenken der Ökonomen etwas entgegenzusetzen.

Bernhard Senn: Seit 1987 war Peter Ulrich Professor für Wirtschaftsethik in St. Gallen. Er war der einzige Inhaber eines solchen Lehrstuhls in der Schweiz: Wirtschaftsethik. Jetzt hat Ulrich nach zwei Jahrzehnten seine Abschiedsvorlesung gehalten. Natürlich über die Krise. Und da stellte er die Frage: Wie ist es zu verstehen, dass das Geschäftsgebaren von so auffallend vielen Akteuren ausser Rand und Band geriet? Genau diesem Rätsel gilt die heutige «Sternstunde». Roger de Weck hat Peter Ulrich eingeladen, um mit ihm ein Grundsatzgespräch zu führen. Unter anderem darüber, was Ethik überhaupt soll und kann in Zeiten, in denen die Wirtschaftsführer die Wirtschaftsethiker kaum bis gar nicht beachten, und wenn, dann nur, um sie unter anderem lächerlich zu machen.

Roger de Weck: Willkommen Peter Ulrich.

Peter Ulrich: Ich bin gerne hier.

Hat sich's gelohnt?

Was genau?

Die vielen Jahre, die zwei Jahrzehnte in St. Gallen – Wirtschaftsethik?

Ja, ich habe immer gesagt, ich bin methodischer Optimist. Das Gegenteil – Pessimist zu sein – ist eine praktisch nicht sinnvolle Haltung. Und im Rückblick denke ich: Ja, es hat sich gelohnt. Vielleicht weniger so, dass man die real herrschende Praxis verändern könnte; dieser Anspruch wäre überzogen. Aber vielleicht hat man bei Hunderten bis Tausenden von Studierenden eine gewisse Nachdenklichkeit erzielen können, die Awareness, die Wahrnehmungsfähigkeit für gewisse Zusammenhänge etwas steigern können.

Überzogen ist das, sagen Sie, die Praxis zu ändern?

Nun ja, Ethik ist nicht eine Sozialtechnik für gute Zwecke. **Ethik ist eine Reflexionsform**, philosophisch verstanden. Ich sage gerne, Wirtschaftsethik ist ein Stück nachholende Aufklärung in Bezug auf unser Wirtschaftsdenken, und das scheint eine Sphäre zu sein, wo wir eben noch gar nicht so modern sind. Wir haben viele wenig reflektierte Vorverständnisse, Hintergrundüberzeugungen im Wirtschaftsverständnis.

Die uns nicht bewusst sind?

Die uns nicht bewusst sind, die eine teilweise sehr lange geistesgeschichtliche Tradition hinter sich haben, und philosophische Ethik versucht eigentlich, solche Zusammenhänge zu erhellen – Aufklärung –, um sie argumentationszugänglich zu machen, damit wir bewusst über diese Grundannahmen des Wirtschaftens befinden können.

Eine Grundannahme zum Beispiel?

Eine Grundannahme ist etwa, dass mehr Markt immer gut sei. Und da können wir uns fragen: Ja, warum gibt es diese Marktgläubigkeit? Warum gibt es diese Überzeugung, dass die Marktkoordination irgendwie so etwas wie ein eingebautes Harmoniepotential habe, so dass die Ergebnisse für alle Beteiligten und Betroffenen von vornherein die bestmöglichen seien?

Woher kommt diese Annahme?

Ja, wie gesagt, da steckt sehr, sehr viel dahinter. Wenn ich das in holzschnittartiger Verkürzung sagen darf, dann könnte man es so sagen:

Erstens, es gibt die Vorstellung, der freie, der unregelte Markt ist ein Stück natürliche Ordnung.

Zweitens: Die natürliche Ordnung ist die Schöpfung Gottes.

Drittens: Gott hat die Natur weise eingerichtet.

Viertens: Ergo wird alles gut, wenn wir es auch im Markt, auch in der sozialen Welt eben der Selbststeuerung der Marktkräfte überlassen.

Demgegenüber gelten diejenigen, die in den Markt eingreifen, die ihn gestalten wollen, nach Massstäben der, ach so begrenzten, menschlichen Vernunft, die gelten aus dieser, man könnte fast sagen markttheologischen Sicht tendenziell als Ketzer.

Walter Benjamin sprach von Kapitalismus als Religion.

Ja. Ich würde natürlich zugunsten der Religion sagen, es ist eine Art Pseudo- oder Kryptoreligion, eine Spätform religiöser Gläubigkeit, die, man könnte wohl sagen, für ideologische Zwecke instrumentalisiert und missbraucht wird.

Sie haben soeben die Koordination der verschiedenen Akteure in der Wirtschaft – die Unternehmer, die Arbeitnehmer, alle anderen – durch den Markt hervorgehoben. Die andere Koordination, die man in letzter Zeit kannte, war die durch den Plan, durch den Staat, die Planwirtschaft. Und die ist gescheitert. Mit anderen Worten: Hat das auch zur Marktgläubigkeit beigetragen?

Ich denke schon. Es gab ja die berühmte Nachkriegskonstellation des kalten Krieges, und in dieser Situation hat man natürlich in westlichen Ländern eine gewisse Angst vor dem Kommunismus gehabt. Und das Resultat war das, was etwa **Ralf Dahrendorf** den **sozialdemokratischen Kompromiss** genannt hat. Also, man hat sich gesagt: Machen wir doch sozialpolitische Zugeständnisse so weit, dass die Bevölkerung, ja, letztlich Ruhe und Ordnung wahr, dass sie nicht aufbegehrt gegen die Wirkungen einer zu sehr entfesselten Marktsteuerung.

*Ein Wort dafür war die **soziale Marktwirtschaft**.*

Ein Wort dafür war die soziale Marktwirtschaft, oder sagen wir, eine besondere Ausprägung. Und nach **1989** gab es natürlich das **Triumphgeheul des Kapitalismus**, der sich siegreich wähnte. Ich selber erinnere mich, dass ich kurz danach in einem Interview gesagt habe: Der Kapitalismus ist gleich altmodisch wie der Kommunismus, denn beides sind letztlich metaphysische Glaubenssysteme. Metaphysisch heisst also, sie sind nicht empirisch widerlegbar.

Übernatürlich?

Übernatürlich – es sind eben Überzeugungen, die an realen Erfahrungen kaum scheitern können.

Also die reale Erfahrung, dass Marktwirtschaft bei allen Mängeln besser funktioniert als Planwirtschaft, war schon da.

Die war da. Nur würde ich Ihnen sagen, der Wirtschaftsethiker denkt nicht in diesem Gegensatz. Denn schauen Sie, **Marktwirtschaft selber ist ja eine rechtsstaatliche Veranstaltung**. Die fällt ja nicht vom Himmel. Und «der Markt» allein spezifiziert noch keine Wirtschaftsordnung. Dass wir **Marktkoordination** brauchen in einer komplex arbeitsteiligen Wirtschaft, das bestreitet niemand mehr – ausser vielleicht Fidel Castro und noch die zwei, drei letzten seiner Getreuen. Das ist trivial. Nur: Es gibt tausend Varianten von Marktwirtschaft. Es braucht immer einen intelligenten Mix von Marktsteuerung und rechtsstaatlich gesetzten Rahmenbedingungen und Anreizstrukturen. Und auch das ist erst die halbe Miete.

Die andere Hälfte?

Die andere Hälfte ist die Gesellschaft. Denn sehen Sie, wir haben heute ein typisches Syndrom im Zeitgeist. Wir haben eigentlich verlernt, zwischen Wirtschaft und Gesellschaft zu unterscheiden. Wir haben da ein paar gesellschaftspolitische Probleme, die wir nicht wegstreichen, zum Beispiel die sich **öffnende soziale Schere von Einkommen und Vermögen**, die chronische Arbeitslosigkeit ...

... die sich in der Krise verstärkt.

Richtig. Und seit Jahrzehnten gehen eigentlich alle politischen Akteure von links bis rechts und zurück von der fraglosen Annahme aus, es gäbe wirtschaftspolitische Antworten auf diese ungelösten Fragen. Daran glaube ich nicht mehr.

Nämlich?

Es sind gesellschaftspolitische Probleme, die auch gesellschaftspolitische Lösungen verlangen. Lassen Sie es mich verdeutlichen oder zuspitzen. Wir könnten nämlich sagen: Die Marktwirtschaft funktioniert in den meisten OECD-Ländern an sich ausgezeichnet.

Aber?

Die Folgeprobleme, die wir haben, zum Beispiel eben die chronische Massenarbeitslosigkeit, sind das Resultat einer Erfolgsgeschichte, nicht eines Misserfolgs, denn die ganze marktwirtschaftliche Rationalisierungsdynamik unter den gegebenen eigentumsrechtlichen, gesellschaftspolitischen Bedingungen zielt natürlich darauf, Arbeit wegzurationalisieren. Das ist vorentschieden. Glauben Sie keinem Wirtschaftsführer, der behauptet, sein Ziel sei es, Arbeitsplätze zu schaffen. Natürlich nicht, natürlich gehören Arbeitsplätze auf die **Kostenseite**. Kosten will man minimieren. **Das Ziel ist vorentschieden. Das Ziel ist die Steigerung der Eigenkapitalrentabilität – return on equity.** [roi = return of investment]

*Kapitalismus heisst ja Kapitalismus und nicht etwa **Laborismus**, um das lateinische Wort für Arbeit zu benutzen.*

Genau. Und diese Grundentscheidung hat an sich mit Markt rein gar nichts zu tun. Das ist eine gesellschaftspolitische Vorentscheidung, die selber eine 500 Jahre zurückreichende Geschichte hat. An der Wurzel steht nämlich eine bestimmte Form von bürgerlichem Denken, die wir als **Besitzbürgertum** kennzeichnen können.

Das Eigentum als Dreh- und Angelpunkt des jetzigen Systems?

Ja. Und das hat im Ursprung durchaus eine gewisse Vernunft auf seiner Seite. Das wussten schon die alten Griechen, bei Aristoteles etwa: **Der Bürger kann nur frei sein, real frei sein, wenn er wirtschaftlich unabhängig ist.** Am Beginn der Neuzeit hat sich das Bürgertum vom Adel zu emanzipieren begonnen – jedermann kennt den berühmten Spruch **«Stadtluft macht frei»** ... [heute Großstadtproletariat, Slums]

Oder «enrichissez vous!»

Ja, das gehört zusammen. Die Bürger waren ja diejenigen, die eben in die Städte gingen, einen eigentlichen Beruf ergriffen – Anwalt, Handwerker usw. Die haben es wirtschaftlich zur Selbständigkeit gebracht, daraus ein gewisses Selbstbewusstsein abgeleitet und dann mit der Zeit auch die politische Emanzipation angestrebt. Also wir können sagen: **Wirtschaftliche Liberalisierung** und [als Basis für] politische Liberalisierung gehen am Ursprung Hand in Hand. Das macht durchaus Sinn. Aber im Laufe des 19. Jahrhunderts hat sich die Geschichte ein wenig anders entwickelt.

Erzählen Sie uns die!

Es gab von etwa **1840 bis 1875 den sogenannten grossen Boom**, eine Phase von ungeheurem Wirtschaftswachstum, wie wir es sogar im 20. Jahrhundert nie erlebt haben. [**1857 erste! Weltwirtschaftskrise**. Krisen erst seit 1825.

Überproduktionskrisen im Kapitalismus. Unterkonsumtionskrisen davor. Rainer Roth]

Auch mit Bonus?

Ohne Bonus, aber mit enormem Wohlstandsanstieg. Am Ende dieser Boomphase, so nach 1870, tauchte unerwarteterweise die berühmtberüchtigte **soziale Frage** auf. Das heisst, das entfesselte Wirtschaftswachstum hatte nicht etwa die Armut für alle beseitigt, sondern hatte zu einer neuen Konstellation geführt.

Mit einem Proletariat.

Sagen wir mal, auf der andern Seite zunächst ein erfolgreiches Bürgertum, das sich gewisse wirtschaftliche und politische Privilegien und Macht verschafft hat. Auf der andern Seite das, was Marx das **Proletariat** genannt hat. Und das war nun historisch

...

Warum Marx? Sie würden es nicht so nennen?

Nun, Proletariat ist vielleicht ein etwas zeitgebundener Begriff, ich glaube, man muss nicht alle Lasten dieses Begriffes mitschleppen. Heute sprechen ja die Soziologen eher von einem neuen **«Prekariat»**; also immer mehr Menschen bis in den unteren Mittelstand hinein geraten in prekäre Lebenslagen, in dem Sinne, dass eine tiefgreifende existentielle Unsicherheit für sie zum Normalzustand wird.

Und das ist Mitte des 19. Jahrhunderts, als Marx das Kommunistische Manifest schreibt, ebenfalls so, viel krasser noch.

Ja. Speziell war eben nach 1870, dass eben das Bürgertum eine progressive Kraft war. Die «Neue Zürcher Zeitung» gehörte dazu. Das war mal eine linke Zeitung. Progressiv. Das Bürgertum stand vor einer epochalen Weichenstellung: Sollte es an seinem ursprünglichen, emanzipatorische Freiheit schaffenden Projekt für alle festhalten? Oder aber sollte es die inzwischen erworbenen Privilegien zu verteidigen beginnen? In der Geschichte ist es leider meistens so, dass erworbene Privilegien nicht freiwillig hergegeben werden. Das Bürgertum hat sich **grosso modo** für diese Option entschieden, und von diesem Moment an tauchten natürlich neue Bewegungen und neue Parteien auf, die das emanzipatorische Projekt einer Bürgergesellschaft für alle weitergeführt haben.

Die Arbeitervereine und dann die Sozialdemokratie.

Die **Arbeitervereine** und die **Sozialdemokratie**, die **Frauenbewegung** später usw.
[Hurenbewegung]

*Aber zu dieser Zeit ist auch **Bismarck der Reichskanzler in Deutschland** – in Preussen zuerst als Kanzler und dann in Deutschland als Reichskanzler – und führt die ersten Sozialversicherungen ein für Krankgewordene, Rentenversicherung, Invalidenversicherung, Altersversicherung. Die Geburt der sozialen Marktwirtschaft hat mit anderen Worten doch eine grosse historische Tradition.*

Das würde ich ohne weiteres auch so sehen. Nur hat aus der erwähnten Konstellation heraus die soziale Marktwirtschaft – wenn wir sie so früh ansetzen wollen, aber seien wir nicht penibel – quasi einen Geburtsfehler. Und dieser **Geburtsfehler** besteht darin, dass der **Sozialstaat ex post** – im nachhinein – die **Symptome**, die durch das marktwirtschaftliche Kräftespiel verursacht sind, bloss lindert, kompensiert, **korrigiert**.

Der Reparaturbetrieb?

Der Reparaturbetrieb, richtig. An den Ursachen hat man nichts geändert, und man hat daran im Prinzip bis heute nichts geändert.

Und da frage ich Sie: Gibt es ein System, wo nicht Kapital im Zentrum steht, sondern Arbeit, und wo von vorneherein die soziale Frage ebenso stark mitschwingt wie die Rentabilitätsfrage?

Natürlich gibt es Alternativen. Ich würde aber nicht nach einem System suchen.

Sondern?

Denn schauen Sie: System steht ja für die Idee, es gibt da irgendeinen institutionalisierbaren Mechanismus, der quasi automatisch hinter unserem Rücken dafür sorgt, dass alle gesellschaftlichen Koordinationsprobleme perfekt gelöst werden. Und was wir gelernt haben sollten aus der Nachkriegsgeschichte, ist erstens, wie schon gesagt, dass ein intelligenter Mix von Markt- und Staatssteuerung unverzichtbar ist, dass aber zweitens das so konzipierte **marktwirtschaftliche System der Einbettung in eine ebenso modern und intelligent gestaltete Gesellschaft bedarf**. Und wie schon erwähnt, dort haben wir heute unsere Hauptprobleme.

*Wie kommt es, dass sich die **Wirtschaft verselbständigt** und wir plötzlich hier Gesellschaft und [dort] Wirtschaft haben?*

Ja. Es ist eine doppelte Situation. Da muss man ein bisschen aufpassen. Wir könnten sagen: Vordergründig hat sich in der Tat das marktwirtschaftliche System verselbständigt und einen gewissen Eigensinn entwickelt. Eigensinn schlägt dann gerne einmal in lebenspraktischen Unsinn um, symptomatisch. Hintergründig – und so fragt dann der Wirtschaftsethiker – kann das nicht grundlos geschehen sein. Warum haben denn die Völker, die Menschen in modernen, freiheitlich-demokratischen Gesellschaften, diese Entkoppelung des Wirtschaftssystems bis in die Gegenwart hinein gebilligt? Dahinter steht sozusagen ein Gedankenbett. Ich kann es so formulieren: Noch der radikalste Anhänger einer total **deregulierten Marktwirtschaft** bedarf erstens der Überzeugung, dass das eine gute Idee sei, gut für alle, er wird ja kein Zyniker sein, er wird die Überzeugung haben, das sei eine legitime, eine rechtfertigungsfähige Wirtschaftsordnung.

Das sollte man bezweifeln, dass er vielleicht doch zynisch ist, nicht?

Das kann sein. Aber ich bin überzeugt, es gibt viel weniger **Zyniker**, als man gemeinhin annimmt, und es gibt viel mehr **Gläubige**, nämlich eben **Markt-Gläubige**.

Der zweite Punkt?

Der zweite Punkt: Was er auch voraussetzen muss, dass der Staat eben diese Deregulierung machtvoll durchsetzen kann. Das ist auch historisch belegt. Irgendwann im ganz frühen 19. Jahrhundert – **1800 und wenige Jahre danach – begann ja in England die marktwirtschaftliche Liberalisierung.** Und vom gleichen Moment an ist die Staatstätigkeit explodiert in England, nicht etwa verschwunden. Denn das ist klar, ein solches System muss etabliert werden, Wettbewerb muss durchgesetzt werden, Märkte müssen offengehalten werden, es braucht eine gewisse **juridische Infrastruktur.**

Juristische meinen Sie?

Ja, beides. Eigentumsrechte, Haftungsrecht, Vertragsrecht usw.

Klammer auf: Was ist der Unterschied zwischen «juridisch» und «juristisch»?

Juridisch bezieht sich einfach auf die Kategorie des Rechts, und **juristisch** meint eigentlich die Wissenschaft, die Disziplin, die sich damit befasst.

Klammer geschlossen.

Genau.

Wir waren bei diesem Aufbau eines Rahmens für die Marktwirtschaft.

Ja. Wenn ich in die jüngere Zeit gehe, dann haben wir in der Nachkriegszeit eben diesen erwähnten sozialdemokratischen Kompromiss gehabt, der dann nach 1989 nicht mehr nötig schien, da ja der drohende Antipode, der Kommunismus, besiegt war.

Man hatte keine Angst mehr, dass ein Teil des Volks zu den Kommunisten überläuft, also durfte der Kapitalismus härter werden?

Er durfte hemmungsloser werden, und die Folge war natürlich dieser aufkommende **Thatcherism** zuerst in Grossbritannien, dann die **Reaganomics** in den USA, also das, was man gemeinhin journalistisch als **Neoliberalismus** bezeichnet. Kurz gesagt, haben wir jetzt **25 Jahre Zeitgeist neoliberaler Prägung hinter uns**, und dieser

Zeitgeist, wenn das Bild brauchbar ist, scheint irgendwie am Ende der Fahnenstange angelangt zu sein.

*Und trotzdem könnte man einwenden, es findet nicht das statt, was Sie soeben behaupteten, nämlich die Entbettung der Wirtschaft aus der Gesellschaft, die Verselbständigung der Wirtschaft, sondern im Gegenteil: Wir haben jetzt nicht nur eine Marktwirtschaft, sondern eine **Marktgesellschaft**. Die Gesellschaft gibt es durchaus, sie wird aber durchdrungen von ökonomischen Kategorien – bis hin zum Sozialarbeiter, der den Hilfsbedürftigen als Klienten bezeichnet und mit diesem ökonomischen Wort meint, er adle seinen Fürsorgebedürftigen.*

Ich bin froh, dass Sie das ansprechen. Ich hatte ja schon kurz angesprochen: Die Unterscheidung zwischen Wirtschaft und Gesellschaft ist irgendwie verschwommen. Und wir haben eigentlich 20 Jahre lang jetzt eine gewisse Verkehrung der Verhältnisse erlebt. Wir haben eine flächendeckende Ökonomisierung von fast allem erlebt. **Ökonomisierung aller Lebensbereiche**, Ökonomisierung der Welt, **Globalisierung** genannt, und eben auch eine Ökonomisierung der Politik. Das heisst, die Politik wurde mehr und mehr zum **Verwalter der «Sachzwänge»**, die das eigensinnige marktwirtschaftliche System der Politik vorgibt ... [Primat der Politik ausgehebelt hat. Nur noch als Ideal vorhanden. Macht des Faktischen, der wirtschaftlichen Verhältnisse...]

Die Politik als verlängerter Arm der Wirtschaft?

Ja, und sie konnte so natürlich nicht mehr in souveräner Weise die Rahmenbedingungen definieren, unter denen die Wirtschaft gesellschaftsdienlich funktionieren konnte. Der Grund, genauer gesagt die Ursache, ist eigentlich auch klar. Es ist natürlich der vielbeschworene **Standortwettbewerb**, der ja immer auch ein **Ordnungswettbewerb** ist. Es geht ja darum, renditesuchendes, investitionsberechtigtes Kapital an einem Standort anzulocken. Ja, und was ein attraktiver Standort für solches anlagesuchendes Kapital ist, das definiert sich rein betriebswirtschaftlich. Also etwa ironisch ausgedrückt, heisst das etwa: Der Staat stellt am fraglichen Standort kostenlos eine perfekte Infrastruktur und top ausgebildete «human resources» zur Verfügung, leistet eine 10jährige Subvention plus Steuerbefreiung, und im übrigen herrschen tiefe Kosten an diesem Standort. Das ist ein guter Standort

aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Das sind aber nicht die Kriterien für eine gute Volkswirtschaft, für eine gute Wirtschaftspolitik.

*Auch hier gleichsam das **Betriebswirtschaftliche, das sich verselbständigt** ...*

Richtig.

*... und das **Volkswirtschaftliche, das ausser acht fällt**.*

Ja.

*Standortwettbewerb, wie wenn es sich um Unternehmer handelte – und **Unternehmer können aus dem Markt verschwinden, Länder aber nicht?***

Richtig. Es ist ohnehin ökonomisch eine höchst fragliche Sichtweise, ob die **Kategorie Wettbewerb überhaupt anwendbar ist auf politische Einheiten**. Wir brauchen das vielleicht nicht gross zu vertiefen. Ich würde nur so den Punkt gerne machen: Der Primat der Politik, der Vorrang der Politik ist die vernünftige Voraussetzung für jede Gestaltbarkeit des Wirtschaftslebens und der Wirtschaftsordnung. Das kann man als moderner Mensch an sich nicht bestreiten.

*Ein Optimist sind Sie, aber wären Sie eventuell auch naiv in dem Sinne, dass Sie etwas einfordern, was es fast nie gibt: Das **Geld hat doch immer die Macht**. Und die Vorstellung, eine vom Geld befreite Politik könnte letztlich die Politik dirigieren, ist vielleicht naiv?*

Das können Sie so anschauen. Ich würde Ihnen entgegenhalten: Was genau ist die Rolle des Ethikers? Der Ethiker hat keine Macht, und man kann von ihm schlechterdings nicht verlangen, dass er real die Verhältnisse ändert. Er hat allenfalls eine gewisse **Definitionsmacht** über geklärte Begriffe.

Müsste nicht der Ethiker sich viel stärker mit Macht auseinandersetzen, damit das, was er diagnostiziert, dann auch eine Therapie erhält?

Tut er auch. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Wir waren schon bei der Frage: Warum ist eigentlich Marktsteuerung nicht per se gut? Die erste Antwort lautet: Weil der Markt machtvoll ist. **Wenn ein Markt effizient funktioniert** – das fordern die Ökonomen, das

ist deren Ideal –, dann bildet er bestenfalls die realen Machtverhältnisse zwischen Anbietern und Nachfragern eben effizient ab, die «terms of trade».

*Und **der politisch Mächtige bestimmt die Marktordnung.***

Richtig! Jeder kann gut verhandeln im Markt, mit der Macht, die er hat, aber mehr liegt nicht drin. Weil das so ist, verhält es sich auch so, dass die Mächtigen, denen ihre eigene Macht oft gar nicht besonders bewusst ist, tendenziell immer für **Deregulierung**, für freien Markt sind, und die Schwächeren, denen ihre Ohnmacht in der Regel durchaus ein Stück bewusst ist, reagieren skeptisch.

*Die möchten **Recht und nicht Recht des Stärkeren.***

Sehr richtig.

*Oder anders gesagt, der ewige Kampf zwischen **Natur**, wo sich der Stärkere in der Evolution durchsetzt, und **Kultur**, wo ein Ausgleich gesucht wird über Zivilisation.*

[Ungleichheit, Diversity ist das natürliche, (Chancen-)gleichheit und Teilhabegerechtigkeit eine Kulturleistung, C.F.v.Weizsäcker]

Völlig richtig.

Ist es das, was sozusagen die ideologische Debatte im heutigen Kapitalismus ist?

Das gefällt mir gut. Ich würde sagen, wir brauchen im wörtlichen Sinne, nicht polemisch gemeint, eine zivilisierte Marktwirtschaft. Das heisst eben, eine Marktwirtschaft, deren gutes Funktionieren gemessen wird an ihren Diensten für die **Civil Society**, für das Leitbild einer vollentfalteten und wohlgeordneten Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürger. Ein urschweizerisches Ideal, das uns aber etwas abhanden gekommen ist.

Und schon wieder, Herr Ulrich, sind wir im Bereich des Ideals. Sie sagen, wir brauchen, wir brauchen, wir brauchen. Müsste der Wirtschaftsethiker nicht nur sagen, wir brauchen, sondern, wie kommen wir dahin? Oder ist das die ewige Frage, die Ihnen ein Leben lang gestellt wurde und die Sie nicht beantworten wollen?

Nein, der Ethiker würde schlechte Abstraktion betreiben, wenn er nicht auch Verantwortungen zuschreiben und zumuten würde. Ganz konkret: Da eine gute

Wirtschaftsordnung nicht vom Himmel fällt, muss irgend jemand verantwortlich gemacht werden. Und es ist halt ein bisschen kompliziert, wenn wir von einer modernen bürgerlichen Gesellschaft ausgehen, das sind ja die Bürger selber, sie bilden den **Souverän**. Ohne Bürger, die so etwas wie Bürgersinn haben, ist eine wohlgeordnete res publica, Republik, nicht möglich. Das ist eine seit 500 Jahren im Prinzip geklärte Idee. Das heisst, die Bürger, alle Bürger, stehen vor der Herausforderung, auch in ihrem Wirtschaftsleben und in bezug auf ihr Wirtschaftsleben denselben **Bürgersinn** gelten zu lassen, wie sie ihn sonst für normal halten. Oder nochmals anders formuliert: Wir sollten unser wirtschaftliches Vorteilstreben, Nutzenstreben, Gewinnstreben nicht abspalten von unserem normalen Selbstverständnis als Bürger. Wir sollten es integrieren.

Das ist das Sollen statt des Brauchens, das Normative, wie man es wissenschaftlich sagt. Und wir haben eine Demokratie, die Bürger und Bürgerinnen braucht, und eine Marktwirtschaft, die willige Konsumentinnen und Konsumenten zu erzeugen versucht, und man hat Demokratie und Marktwirtschaft immer als etwas Komplementäres begriffen. Ist es eventuell ein Gegensatz? Zerstört die Marktwirtschaft die Demokratie? Schwächt sie sie?

Nein! Ich würde es ganz anders angehen. Ich würde sagen, wir sind noch sehr stark von solchen Ideologien oder Doktrinen geprägt. Sie haben das Stichwort Konsum angesprochen. Es ist nicht allzu schwer, den Menschen, vorzugsweise den jungen Menschen in den Schulen, klarzumachen, dass die Möglichkeit zu Konsum zwar etwas ganz Angenehmes ist, aber dass die Lebensqualität, das gute Leben, sich nicht erschöpft im Konsum. Oder dass die Freiheit, ein selbstbestimmtes Leben zu leben, sich nicht in Konsumfreiheit erschöpft. Deshalb dürfen wir zuversichtlich sein, dass moderne Bürger, wenn man sie angemessen ausbildet, sehr wohl ein Bewusstsein dafür haben, dass es die **Bürgerrechte** sind, die ihren Status als freie Bürger gewährleisten, und nicht das **ökonomische Versprechen**.

Einspruch!

Bitte.

Ein Teil der jungen Generation, die gerade auch aus der Universität St. Gallen hervorging, ist, und zwar waren es oft sogar die besten, nicht etwa in eine produktiv

genutzte Freiheit ins Berufsleben eingestiegen, sondern direkt ins Kasino gegangen. Und dort mitgezockt und mit 25 eingestiegen, um mit 35 Millionär zu sein.

Zwei Teilantworten. Zum einen haben Sie natürlich in einer Universität wie St. Gallen, das typische Beispiel, eher Input- als Outputsteuerung. Das heisst, ein bestimmtes Image dieser Universität selektioniert sich die dazupassenden Studierenden. Der Einfluss der Universität auf die Studierenden hält sich in Grenzen.

Zweitens, und das beantwortet gleich Ihre Nachfrage, haben sie so etwas wie eine Gausssche Verteilung. Sie finden in einer grossen Fakultät alle Arten von Denkmustern, auch bei den Studierenden. Und das einzige, was wir vernünftigerweise auch empirisch diskutieren können, ist, ob sich da etwas verschoben hat im Laufe der Jahre. Und da würde ich allerdings sagen, ja, das ist sehr deutlich der Fall. Heute können Sie sagen, die jungen Menschen, die jetzt an die Uni gehen, die haben im Alter um die 20 herum, wo man offen ist für Realitäten, die haben eine gewisse Erschütterung alter Wirtschaftsdoktrinen erlebt. Und die können die alten harmonistischen Ideologien nicht mehr so ohne weiteres übernehmen. Die sind wach, die sind offen, und die sind ansprechbar.

Daneben gibt's natürlich auch noch diejenigen, die noch die «alte Denke» pflegen, das ist wie immer, wie im Velorennen. Es gibt eine kleine Vorhut, es gibt ein Hauptfeld, das deutlich hinterher kommt. Und diejenigen, die heute in den Führungspositionen sind, die sind vielleicht vor 20 oder 25 Jahren durch diese Maschinerie gegangen und repräsentieren natürlich noch die «alte Denke».

Bleibt St. Gallen eine Kaderschmiede, die vor allem funktionstüchtige Manager statt eigenständige Persönlichkeiten erzeugt?

Nun, ich bin nicht der Prognostiker. Ich würde einfach sagen, die Universität St. Gallen hat immerhin das sogenannte **Kontextstudium** eingeführt, eine Pionierleistung.

Man schafft einen grösseren Rahmen, wird nicht nur mit den Kernfächern Ökonomie oder Recht behaftet.

Richtig. 25 Prozent ihrer Credits müssen die Studierenden in geistes- und sozialwissenschaftlichen Veranstaltungen erwerben.

Die Credits, das sind diese Punkte, die man jetzt im Rahmen des neuen Systems von Bologna erwerben muss.

Genau, ja. Und etwas auf Stammtischniveau ausgedrückt, sollen die Studierenden damit gegen das Fachidiotentum geimpft werden.

*Ich war Student in St. Gallen. Prägender Professor war für mich **Ota Šik**, der Vizepremierminister unter Alexander Dubcek im Prager Frühling. Einer, der damals schon nach dem dritten Weg suchte. Ein Einzelgänger, ziemlich allein, wenige Studenten abends in seiner Vorlesung. Und trotzdem eine ganz wichtige Rolle. Ist das so, dass in solchen Handelshochschulen, wie sie früher hiessen, es durchaus viele Querdenker und Quergeister gibt, dass sie aber immer nur eine Mauerblümchenrolle spielen werden?*

Das mit dem Mauerblümchen stimmt nicht mehr heute. Ich würde ohne weiteres sagen, dass mindestens ein Drittel der Professorinnen und Professoren an der Universität St. Gallen im Prinzip gleich denken wie der hausinterne Wirtschaftsethiker über Fragen des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft.

Das kommt aber nicht rüber.

Ja, das könnte auch mit der selektiven Wahrnehmung der Medien zusammenhängen. Diejenigen, die sehr ähnlich denken, sind z.B. die meisten Staatsrechtler. Die haben noch einen ganz normalen Sinn für die Rangordnung der Dinge. Für die gute alte **aristotelische Trias**. Zuerst kommt die Ethik, dann die Politik und dann erst die Ökonomie. Hingegen mag es andere Bereiche geben, Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, wo die Standardansätze sich selber von diesen Zusammenhängen oder daraus so sehr herausgelöst haben, dass es ein bisschen schwieriger ist, darüber zu reden.

*Wie ist das gekommen? Einer, der die unsichtbare Hand des Marktes erfunden hat, jedenfalls sichtbar gemacht hat, einer, der zu den ganz grossen Ökonomen unseres Weltwirtschaftsystems zählt, bis heute, **Adam Smith**, war zunächst einmal ein Moralphilosoph und hat eine bis heute lesenswerte Theorie der ethischen Gefühle geschrieben.*

So ist es. Und das ist ein sehr schönes Beispiel, denn es wird eben von den Fachökonomien in aller Regel nur der halbe Smith gelesen, derjenige, der den Wohlstand der Nationen geschrieben hat. Smith selber war ein brillanter Moralphilosoph und ein ordentlicher Ökonom, würde ich sagen. Er ist Ökonom geworden, weil es da ein gewisses Problem gab, das er in seiner hervorragenden Moralphilosophie noch nicht ganz bewältigt hatte. Es war das Problem, dass er ja von der **sympathy**, der **Empathie** zwischen den Menschen, den moralischen Bindungskräften, ausging, und dass er annahm, unsere Vernunft sei fähig, quasi als unparteiischer Beobachter in uns, uns das Richtige tun zu lassen. Und dann hat er aber als scharfer Beobachter der Wirklichkeit festgestellt, dass es da einen gewissen bias [Verzerrung] gebe. Er hat etwa das berühmte Bild geprägt, wenn uns der kleine Finger weh tue, so beschäftige uns das viel mehr, als wenn bei einem Erdbeben in China Tausende von Menschen umkämen.

Da er aber ein schottischer Deist war, das heisst, davon ausging, Gott macht keine Fehler, Gott hat den Menschen so geprägt, das muss einen tieferen Sinn haben, hat er nach diesem Sinn gesucht, und zwar eben unter anderem in der Ökonomie. Und seine Lösung war, kurz formuliert, die, dass er sagte, die Verschränkung der Eigeninteressen im Markt vermag ein partielles Substitut der alleine etwas zu schwachen moralischen Bindungskräfte zwischen den Menschen sein. Eine partielle Lösung des gesellschaftlichen Koordinationsproblems, aber nicht die ganze. Wenn man diesen inneren Zusammenhang auflöst, dann liest man Smith falsch. Also, wenn man Smith schon für die Gegenwart fruchtbar machen möchte, dann müsste man eher sagen, er wäre in der Tat der Befürworter einer Marktwirtschaft, die konsequent eingebunden wird in die civil society, in die Republik.

*Dieses Einbinden ist über die letzten zwei Jahrzehnte nicht mehr vorhanden gewesen, der **enthemmte Kapitalismus**, von dem Sie sprachen. Die drei Jahrzehnte davor, da war er eingebunden. Da war zwar der Eigennutz ein wichtiges Instrument, um sozusagen im Rahmen des Marktes die Kreativität, auch die Produktivität des Menschen anzutreiben, aber mit Grenzen. Und dann plötzlich fallen diese Grenzen. Da sind wir beim Rätsel, das mein Kollege Bernhard Senn in seiner Anmoderation erwähnte. Ist das immer so, dass es mal Phasen eines stabilen Kapitalismus, der sich auch ein Stück weit selbst zu bescheiden weiss, geben wird und andere Phasen, wo er schlicht und einfach die Massstäbe im Wortsinne verliert?*

Ich weiss nicht, ob es immer so sein muss. Denn sehen Sie, gesellschaftlich und rechtsstaatlich haben wir ja zwei Definitionsaufgaben. Zum einen die Voraussetzungen, innerhalb derer wir das Kräftespiel des Marktes freigeben. Und zweitens die Grenzen. Man könnte sagen: Dort, wo wir gesellschaftlich Marktsteuerung wollen, um ihrer **Effizienz und der Wohlandseffekte** willen, soll bitte schön nichts als die bessere Marktleistung herrschen. In der Tat. Aber es muss ja nicht überall im Leben und in allen Gesellschaftsbereichen Markt herrschen. Diese politischen Vorgaben sind wesentlich.

Die Marktgesellschaft, die alles umfasst mit Markt, ist der Feind der Marktwirtschaft?

Absolut, bin ich der Meinung. Eine nachhaltige Marktwirtschaft, das heisst auch eine, die nachhaltig von der breiten Bevölkerung als legitim betrachtet wird, muss eine eingebundene, eine begrenzte Marktwirtschaft sein. Man könnte das auch in Risikokategorien betrachten. Je mehr Sie das marktwirtschaftliche Kräftespiel an Voraussetzungen binden und eingrenzen, um so mehr müssen Sie vielleicht auf gewisse denkbare Produktivitäts- und Wohlandseffekte verzichten. Aber Sie gewinnen etwas damit. Sie gewinnen zum Beispiel eine gleichmässige Verteilung des Wohlstandes in der Gesellschaft. Sie gewinnen eben geringer zu haltende Risiken von Blasenbildungen und konjunkturellen Abstürzen. Das sind letztlich gesellschaftliche Entscheidungen, die wir treffen müssen.

*Und da sagte einer der Gründerväter moderner Marktwirtschaft, nämlich **Wilhelm Röpke**, der ja vor den Nazis flüchtete in die Schweiz und in Genf lehrte bis zu seinem Tod, ich zitiere ihn: «Wer **Liberalismus** als primär wirtschaftliche Anschauung begreifen will, ist in einer ökonomistischen Einengung befangen, die heute vollkommen überholt erscheint. Der politisch kulturelle Liberalismus ist das Primäre und der wirtschaftliche Liberalismus etwas Sekundäres.» Das sagte er 1944, und dieses Zitat habe ich aus Ihrer Abschiedsvorlesung, die eben auch eingangs dieses Gesprächs erwähnt wurde, und die man beim Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen und auf Ihrer Homepage auch beziehen kann.*

Ja, genau. Man könnte den Ordoliberalen Wilhelm Röpke und **Alexander Rüstow** – die übrigens beide zuerst ins Exil nach Istanbul geflüchtet sind, Röpke ging dann nach Genf, Rüstow ist in Istanbul geblieben –, man kann ihnen beiden konzidieren,

dass sie dieses bürgerliberale Denken, für das ich plädiere, im Prinzip vertreten haben. Es lässt sich zeigen, dass sie es leider nicht konsequent und konsistent genug vertreten haben. Die Konsequenz war die, dass die Begründer der sozialen Marktwirtschaft – ich denke da an **Alfred Müller-Armack** und **Ludwig Erhard**, der Müller-Armacks Programm dann in die reale Politik umgesetzt hat – leider dazu tendierten, den Sozialstaat eben bloss als additiv mit einer kompensatorischen Funktion gegen die Marktkräfte zu denken, statt integrativ.

Wie macht man denn das Integrative?

Das Integrative macht man eben so, dass man im Prinzip zunächst die Bürgerrechte definiert und zweitens innerhalb dieser Bürgerrechte die Marktkräfte freigibt. Das klingt abstrakt. Ich gebe Ihnen ein reales Beispiel, wo wir das wenigstens im Ansatz sehen. Ich finde es noch ganz interessant. Vergleichen Sie Dänemark und Deutschland in bezug auf den Umgang mit der sozialen Frage im weitesten Sinne. Dann sehen Sie – ich bin jetzt etwas unfair, weil ich es etwas vereinfache, aber aus Zeitgründen – dann sehen Sie, dass in Deutschland im Prinzip Markt und Sozialstaat horizontal gedacht werden, und da muss man irgendwie Kompromisse finden. Und das führt zum Beispiel dazu, dass man politisch in den Arbeitsmarkt interveniert, lange Kündigungsfristen und so weiter. In Dänemark hat man das Problem, man könnte sagen gedanklich, um 90 Grad in die Vertikale gedreht. Zuerst sorgen wir auf der gesellschaftspolitischen Ebene dafür, dass niemand aus dem Sozialvertrag herausfällt, und wenn das gesichert ist, als Voraussetzung, können wir die Marktkräfte freilassen. Das Ergebnis ist, dass Dänemark nach allen Statistiken, die vorliegen, sozial eine hochintegrierte Gesellschaft hat mit relativ geringem Wohlstandsgefälle und gleichzeitig einen fast schon amerikanisch anmutenden Arbeitsmarkt, wo nahezu «hire and fire» möglich ist.

Gleichzeitig fällt auf, dass Dänemark trotz der hohen Staatsquote, das kostet etwas diese integrierte Gesellschaft, nach allen Statistiken eines der international wettbewerbsfähigsten Länder ist. Also solche «Flexicurity» nennen die Dänen das ja.

Eine Mischung aus Flexibilität und Sicherheit, flexibler Arbeitsmarkt, aber soziale Sicherheit. Vertikal gedacht, das eine als Voraussetzung des andern statt fauler Kompromisse. Das funktioniert.

Und die Schweiz?

Die Schweiz ist eine mittlere Form, würde ich sagen. Die Schweiz hätte fantastische Chancen aus ihrer Geschichte. Die Schweiz hat ja ein basisdemokratisches urbürgerliches Denken, und das schlägt sich zum Teil positiv nieder – nehmen wir die gute alte **AHV**. Das, was man in Deutschland jetzt eher mühsam andiskutiert, als Übergang von alten Standesversicherungen für Arbeitnehmer separat und so weiter zu einer **Bürgerversicherung**, das haben wir schon. In der AHV ist jedem Bürger, jeder Bürgerin die Minimalrente – und das ist immerhin die Hälfte der Maximalrente – gewährleistet, wenn er oder sie nur einen fast symbolischen Jahresbeitrag jeweils gezahlt hat. Solche starken, bürgerrechtlichen Traditionen sollten wir ausbauen, nicht abbauen.

Vielen Dank für dieses Gespräch, Peter Ulrich.

Ich danke auch. •

Quelle: SF Schweizer Fernsehen, Sternstunde Philosophie, 7.6. 2009

Prof. Dr. Peter

Quelle:

<http://www.zeit-fragen.ch/ausgaben/2009/nr25-vom-2262009/zuerst-kommt-die-ethik-dann-die-politik-und-dann-erst-die-oekonomie/>